

# STADT UND SIEDLUNG

BEBAUUNGSPLAN · VERKEHRSWESEN  
VERSORGUNGS-ANLAGEN

NR.

MONATSHEFT ZUR DEUTSCHEN BAUZEITUNG

1 BERLIN  
JANUAR

1928

HERAUSGEBER:

PROFESSOR ERICH BLUNCK UND REG.-BAUMEISTER FRITZ EISELEN

ALLE RECHTE VORBEHALTEN / FÜR NICHT VERLANGTE BEITRÄGE KEINE GEWÄHR

## SIEDLUNGSPOLITIK UND STADTERWEITERUNG IN FRANKFURT A. M.

Von Dr. W. Schürmeyer, Frankfurt a. M.

Mit 31 Abbildungen

Die intensive Bekämpfung der Wohnungsnot hat eine schnelle Ausdehnung der Städte und insbesondere der Großstädte zur Folge. Ganze Stadtteile schießen in schnellem Wachstum aus dem Boden und es ist begreiflich, daß die städtebaulichen Fragen die kommunalen Behörden auf das intensivste beschäftigen. Die Umstellung auf neue Verkehrsmittel hat gezeigt, daß in den vergangenen Jahrzehnten viele Fehler gemacht wurden, die sich bereits jetzt rächen. Die junge Stadtbaukunst war allzu sehr ästhetisch orientiert und hat die modernen Probleme der Volkshygiene, der Technik und des Verkehrs darüber zu sehr vernachlässigt. Man kann es ohne Übertreibung als eine Lebensfrage für unsere Großstädte bezeichnen, daß ähnliche Fehler für die Zukunft vermieden werden, und wenn das Verantwortlichkeitsgefühl der kommunalen Verwaltung für die nächste und fernere Zukunft nicht ernst genug genommen werden kann, so gilt das besonders in bezug auf die Stadtbauplanung. Neben

den ästhetischen Gesichtspunkten haben überlieferungsgemäße und rückschauende Rücksichten bisher im Städtebau eine allzu große Bedeutung gehabt. Davon geben alle Stadtpläne aus den letzten 50 Jahren deutliche Beispiele.

Auch in Frankfurt a. M. hat bis in die jüngste Vergangenheit hinein der mittelalterliche Stadtkern das städtebauliche Bild entscheidend beeinflusst. Von Jahrhundert zu Jahrhundert sind um das Kreissegment, das einst durch die Stadtumwallung festgelegt war, konzentrische Ringe gelegt worden, die von radial nach außen strebenden Verkehrsstraßen durchschnitten werden.

Die junge Wissenschaft vom Städtebau glaubte in der Schaffung von breiten Straßenzügen und monumentalen Plätzen ihre Aufgabe erfüllt zu haben. Sie übersah dabei, daß doch eigentlich Platz und Straße nur sekundäre Faktoren sind, die durch die Errichtung von Wohnungen entstehen. So sind Häuserblocks entstanden, die viel zu klein geschnitten waren und durch



SIEDLUNG PRAUNHEIM. GASTSTÄTTE MIT TERRASSEN  
PHOT. DR. P. WOLFF, FRANKFURT A. M.

ABB. 1  
ARCH.: STADTBAURAT E. MAY, MITARB. BAURAT E. KAUFMANN

enge und hohe Bebauung die bekannten licht- und luftlosen Binnenhöfe entstehen ließen. Infolge der Lahmlegung der Bautätigkeit durch die Zwangswirtschaft ist der Wohnungsbau jetzt fast ganz in die Hände der Kommunen und Genossenschaften übergegangen, die vorwiegend mit öffentlichen Geldern arbeiten. Dadurch ist weitest-

Gesichtspunkte angesehen werden. Wenn ein großer Teil der Frankfurter Bevölkerung die großen Verdienste, die sich der Leiter des städt. Bauwesens, Stadtbaurat Ernst May, um den Volkswohnungsbau erworben hat, nicht erkennt, so ist dies vorwiegend auf die Neuartigkeit der Hausformen zurückzuführen. Man sieht nur die



ABB. 2. PLAN VON FRANKFURT A. M. MIT UMGEBUNG 1 : 80000

gehender Einfluß der kommunalen Baubehörden gesichert, was für die städtebauliche Gestaltung von größter Bedeutung ist. Noch wichtiger sind die sozialen und wirtschaftlichen Folgen.

Die Frankfurter Wohnungspolitik ist nicht nur typisch, sie kann auch als vorbildlich hinsichtlich der zielbewußten Durchführung der wirtschaftlichen, sozialen und städtebaulichen

Form und erkennt nicht den Sinn der sie prägte. Man wehrt sich gegen die „Ästhetische Diktatur“ und begreift nicht, daß der Sinn lediglich die Schaffung gesunder Wohnungen unter dem Zwang der wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Zeit ist. Der moderne Städtebauer aber ist sich bewußt, daß die Volkswohnung entscheidend für die Gesundheit unseres Volkes, insbesondere aber der

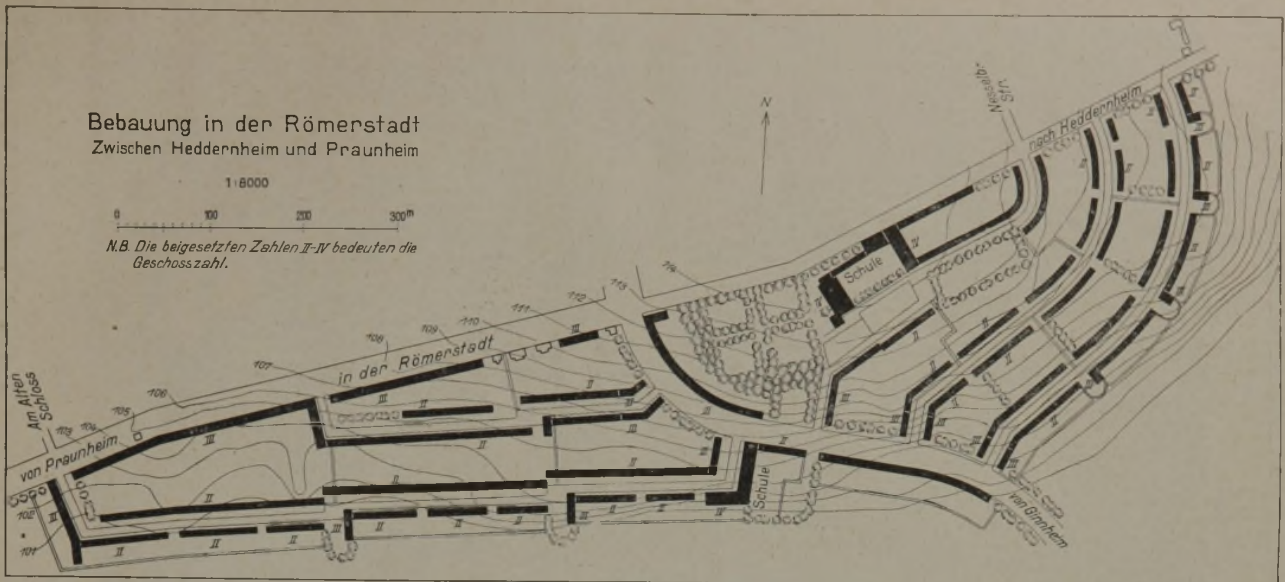


ABB. 3

TEILPLAN 2 DES HAUPTPLANES ABB. 2

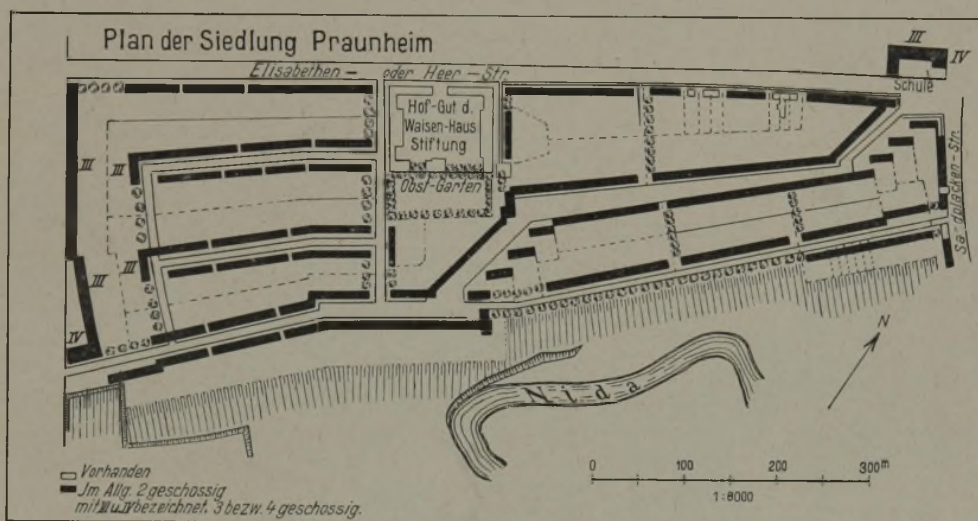


ABB. 4

TEILPLAN 1 DES HAUPTPLANES ABB. 2



ABB. 5

GESAMTPLAN DER NIDDANIEDERUNG

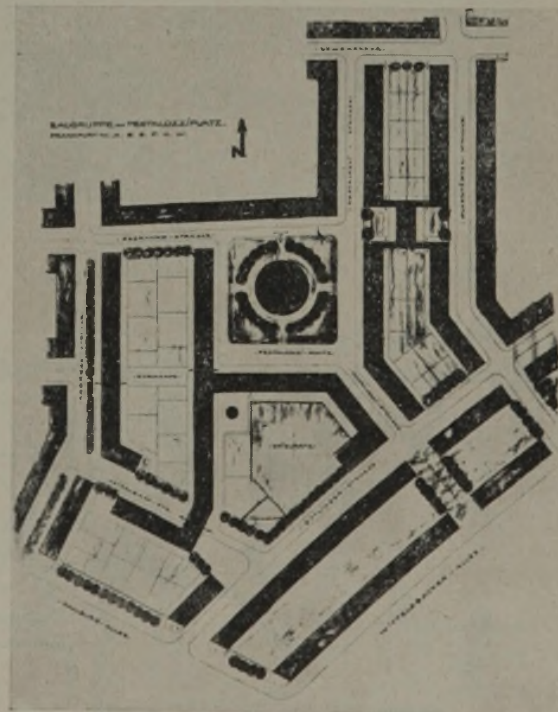


ABB. 6

BAUGRUPPE AM PESTALOZZIPLATZ

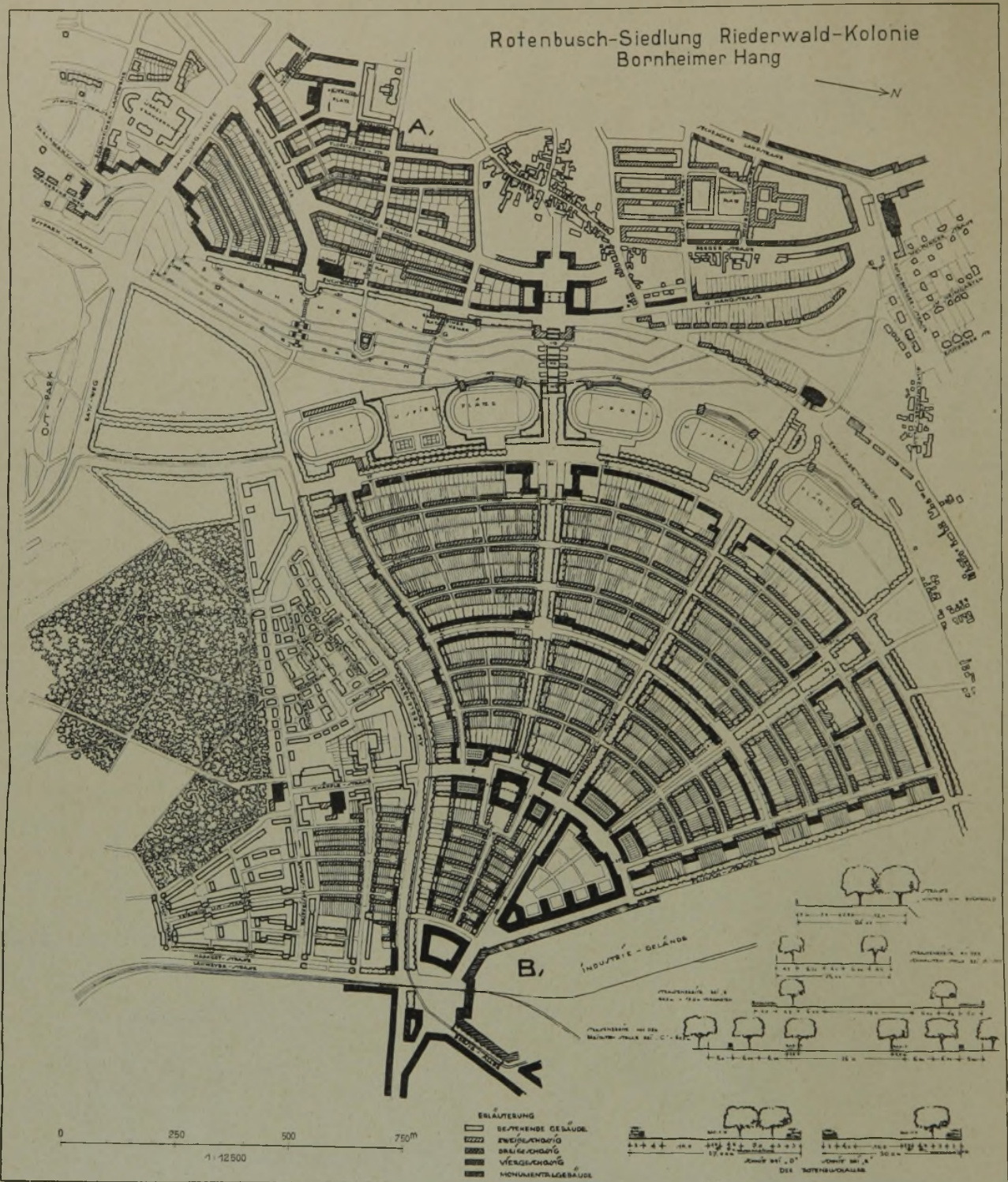


ABB. 7. TEILPLAN 3 DES HAUPTPLANES ABB. 2

ABB. 8 (UNTEN LINKS). TEILPLAN 5 ZU ABB. 2

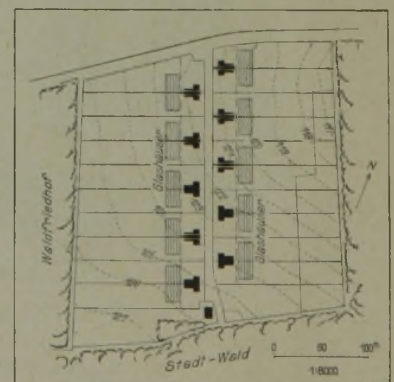
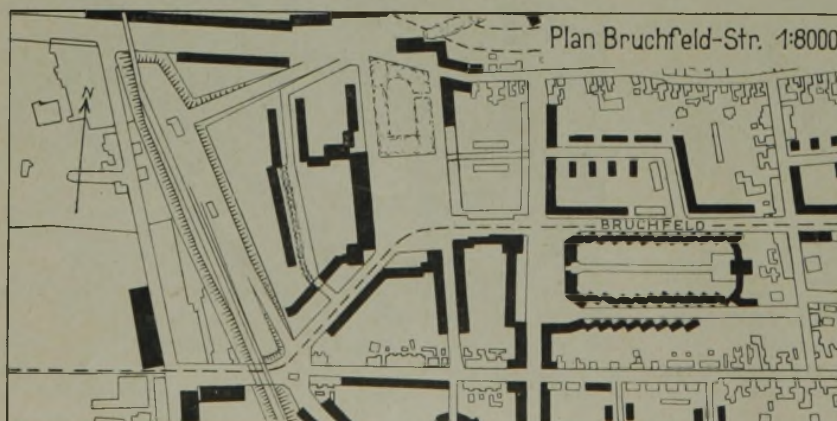


ABB. 9. TEILPLAN 4 ZU ABB. 2



ABB. 10  
PHOT.: DR. P. WOLFF, FRANKFURT A. M.

STRASSENFASSADE

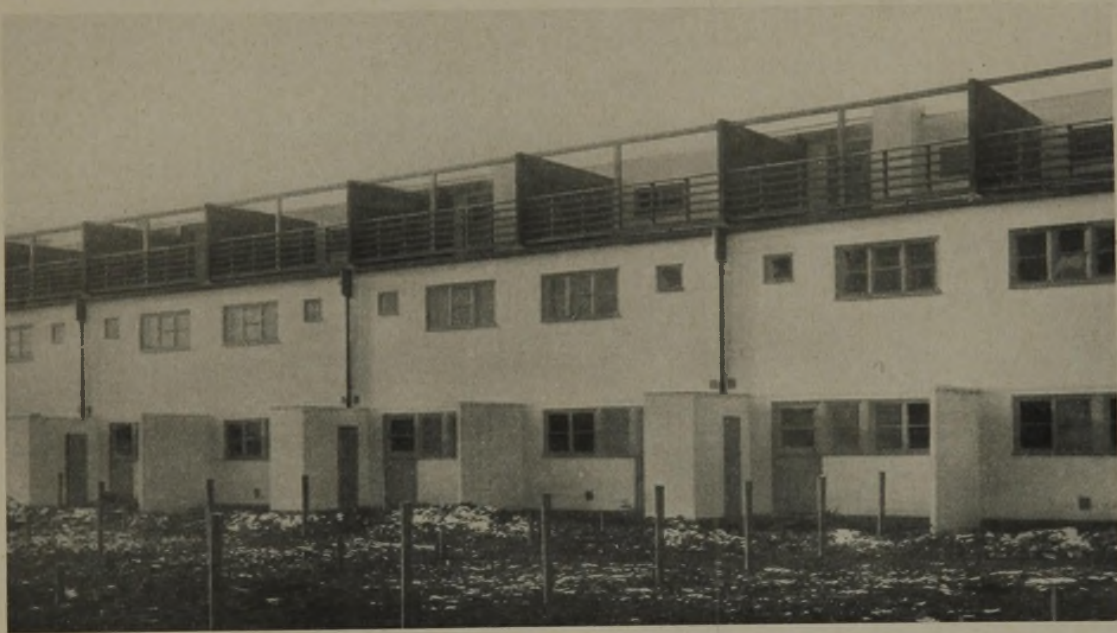
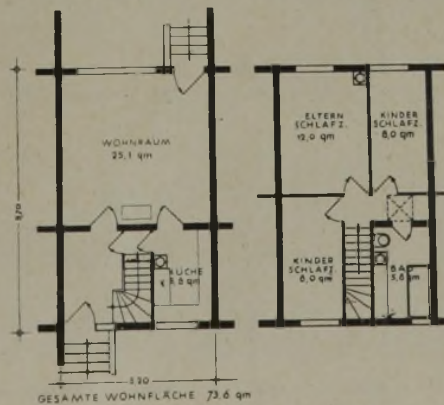


ABB. 11  
PHOT.: H. COLLISCHONN, FRANKFURT A. M.

GARTENFASSADE VOR EINRICHTUNG DER GÄRTEN

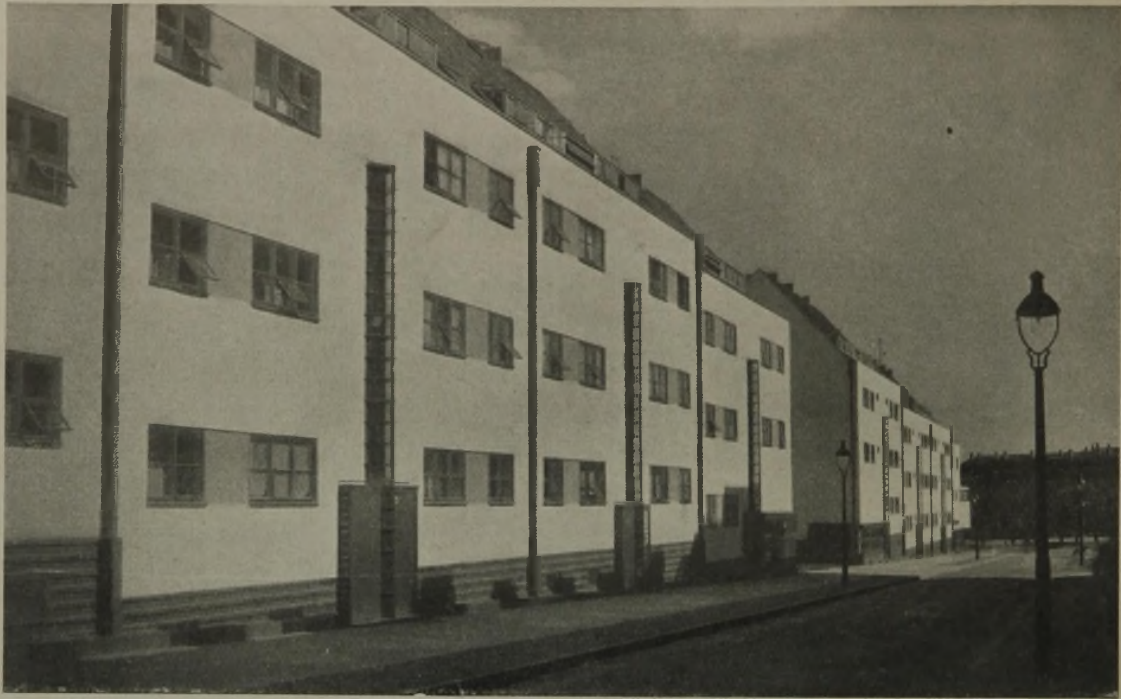
ABB. 12



GRUNDRISS  
DES PLATTENHAUSTYP NR. 6 1 : 250

ARCH.: STADTBAURAT E. MAY  
MITARB.: BAURAT KAUFMANN

SIEDLUNG PRAUNHEIM  
FRANKFURT A. M.



ETAGENHÄUSER AM PESTALOZZIPLATZ

ARCH.: STADTBAURAT E. MAY, MITARBEITER ARCH. B. D. A. C. H. RUDLOFF

ABB. 13

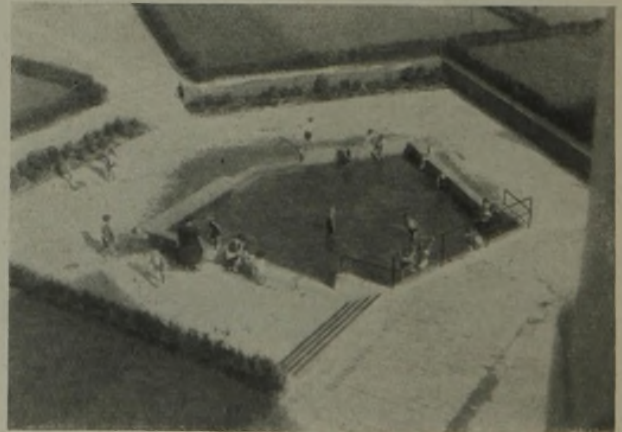
Großstadtbevölkerung ist, an die durch die Lebensbedingungen, die Berufstätigkeit, von Jahr zu Jahr größere Anforderungen gestellt werden.

Der moderne Mensch braucht als Gegengewicht die Möglichkeit, sich in frischer Luft zu bewegen. Seine Wohnung muß ihm durch ihre Lage und ihre Beschaffenheit einen Ausgleich gegen die Berufstätigkeit bieten. Darum lautet das Grundproblem der Großstadterweiterung: Dezentralisierung; Auflockerung der ins Ungemessene anschwellenden Häusermassen. Wirt-

schaftliche, soziale und hygienische Gesichtspunkte drängen von dem Stadtkern ab, in dessen nächster Umgebung der Boden zu teuer ist, um ein gesundes Bauen zu ermöglichen. Das Frankfurter System der Stadterweiterung hat man sehr treffend als Trabantensystem bezeichnet. Neue Wohnzentren werden teils in Anlehnung an vorhandene Ortschaften, teils in besonders für Wohnzwecke geeigneter Lage an der äußersten Peripherie der Stadt gebildet; in Gegenden also, die bisher lediglich für landwirtschaftliche Nutzung in

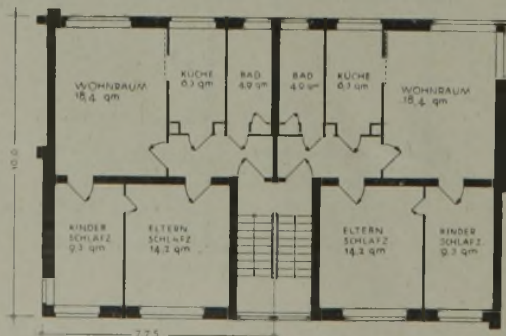


ABB. 14. DACHGARTENBLICK



PLANSCHBECKEN. ABB. 15

ABB. 16. SIEDLUNG BRUCHFELDSTR. ETAGENHÄUSER. GRUNDRISS 1:250



ARCHITEKT: STADTBAURAT E. MAY  
MITARBEITER: ARCH. B. D. A.  
C. H. RUDLOFF

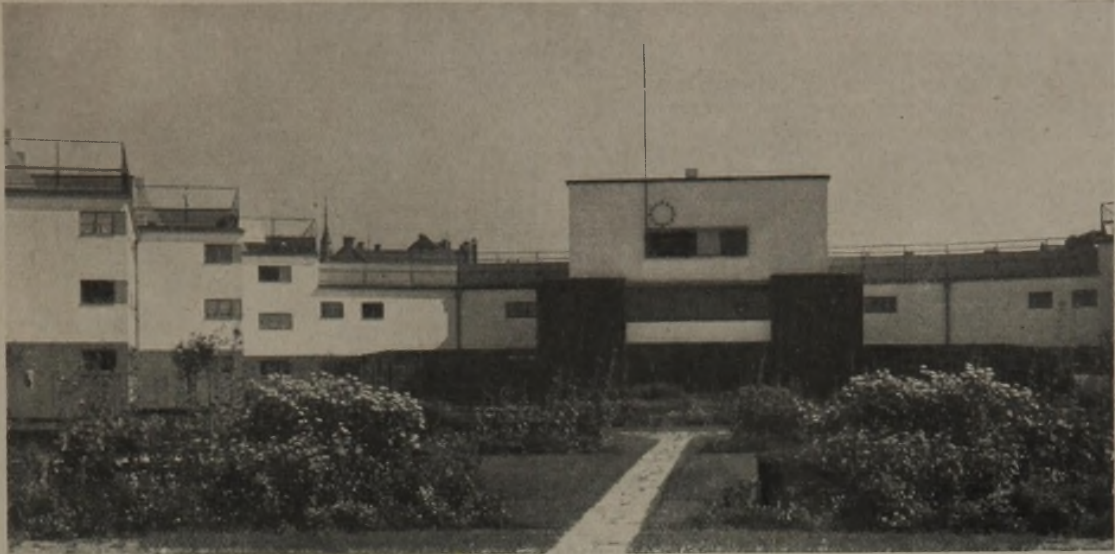


ABB. 17

INNENHOF MIT BLICK GEGEN DEN ÖSTL. KOPFBAU

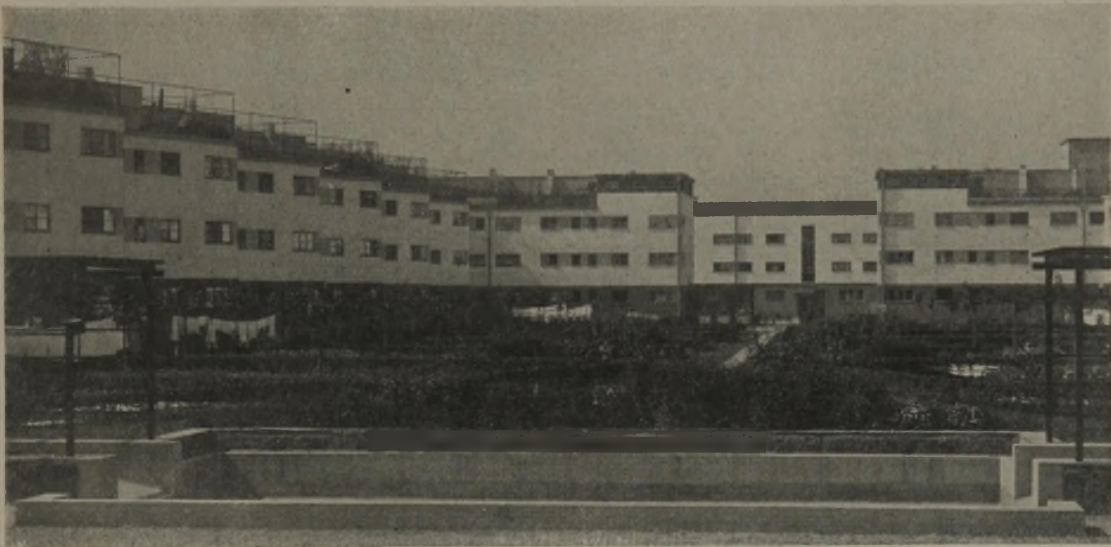


ABB. 18

ABB. 17 U. 18. PHOT.: H. COLLISCHONN, FRANKFURT A. M.

BLICK IN DEN INNENHOF



ABB. 19

PHOT.: DR. P. WOLFF, FRANKFURT A. M.

ARCH.: STADTBAURAT E. MAY. MITARB.: ARCH. B. D. A. C. H. RUDLOFF

STRASSENANSICHT

SIEDLUNG BRUCHFELDSTRASSE

Frage kamen und wo der Boden noch verhältnismäßig billig und in großen Zusammenhängen und Komplexen zu erwerben war. Zwar besitzt die Stadt Frankfurt etwa 55 v. H. des zum Stadtgebiet gehörigen Bodens, aber der größte Teil dieses Bodenbesitzes wird vom Stadtwald eingenommen und der Rest ist in kleine Parzellen zersplittert. Zu einer rationellen Siedlungspolitik aber sind zusammenhängende Bodenstücke erforderlich. Noch wichtiger aber ist es, die neuen Wohnzentren durch einen breiten grünen Gürtel von dem alten Stadttinnern zu trennen und sie möglichst isoliert in Freiland einzubetten.

Für die Frankfurter Stadterweiterung kommt vorwiegend das im Westen, Norden und Nordosten gelegene Gebiet in Frage (vgl. den Plan der Stadterweiterung Abb. 2, S. 2). Im Osten machen bereits bebaute Industriegelände und die hessische Landesgrenze eine Ausdehnung in größerem Umfange unmöglich. Der auf dem südlichen Mainufer gelegene Stadtteil Sachsenhausen wird von einem großen Teil vom Stadtwald eingesäumt, so daß auch dort die bebauungsfähigen Gelände begrenzt sind. Hinzu kommt, daß die nordwestliche Peripherie durch den nahen Taunus eines besonders günstigen Klimas sich erfreut. Daher sollen dort vorwiegend breit angelegte Siedlungen im Flachbau errichtet werden. Im Wohnbauprogramm von Frankfurt ist der größte Teil der Wohnungen als Eigenheim mit zugehörigem Garten vorgesehen, da dieses als die natürlichste und gesündeste Wohnform für den gesundheitlich gefährdeten Menschen unserer Zeit angesehen wird. Zwar sind teils aus wirtschaftlichen, teils aus Gründen der Anpassung an bestehende Stadtteile besonders im Osten und Süden der Stadt dreigeschossige Wohnbauten nicht zu umgehen gewesen. Sie sollen aber Ausnahmen bedeuten obgleich nicht gelehnet werden soll, daß in weiten Schichten der minderbemittelten Bevölkerung, besonders der Hausfrauen, die ohne Hilfe wirtschaften, eine starke Abneigung gegen das Einfamilienhaus besteht.

Wenn auch die neu zu erbauenden Stadtteile günstige Verkehrseinrichtungen nach dem Stadtkern erhalten werden, soll dennoch angestrebt werden, jedes dieser Siedlungsgebiete mit Sportplätzen und Zerstreungsmöglichkeiten so auszustatten, daß der Andrang in das Stadttinnere möglichst eingeschränkt wird.

Das Frankfurter Bauprogramm sieht eine Behebung der bestehenden Wohnungsnot in einem Zeitraum von 10 Jahren vor. Die erste Jahresquote umfaßt etwa 2000 Wohnungen. Eine zweite ist in Angriff genommen und sollte noch bis zum Ende 1927 bezugsfertig werden. Ungefähr zwei Drittel der Wohnhäuser werden vom Hochbauamt und der Aktiengesellschaft für kleine Wohnungen errichtet. Der Rest durch Genossenschaften und Privatpersonen, die bei der Beleihung 20 v. H. der Baukosten aus eigenem Kapital nachzuweisen haben. Ein Teil der vom Hochbauamt errichteten Einfamilienhäuser, z. B. die 154 Häuser des ersten Bauabschnittes der Siedlung *Praunheim*, sind als Reichsheimstätten verkauft worden. Der Kaufpreis betrug bei den Dreizimmerhäusern 15 500 M., bei den Vierzimmerhäusern 16 500 M. und den Fünfzimmerhäusern 19 200 M. einschl. Garten und Dachgarten. Es ist nur geringe Anzahlung zu leisten und der Rest wird zu mäßigem Zinssatz verzinst, so daß sich die Miete, einschl. der 1 v. H. Tilgung, bei einem Dreizimmerhaus auf 67 M., bei dem Vierzimmerhaus auf 75 M. und dem Fünfzimmerhaus auf 95 M. monatlich stellt.

Die *Praunheimer* Siedlung (vgl. im Stadtplan Abb. 2 die Zahl 1, ferner den Siedlungsplan Abb. 4, S. 5, und die Aufnahmen Abb. 1, S. 1, und Abb. 10 u. 11, S. 5) bildet einen Teil des

Niddatal-Projektes, das sich aus einer Reihe von teils fertigen, teils begonnenen oder geplanten Siedlungen zusammensetzt (vgl. den Plan Abb. 5, S. 5). Die Nidda ist ein kleiner Fluß, der im Norden und Westen an der äußeren Peripherie des Stadtgebietes entlang fließt. Seine breite Talmulde war bisher durch die regelmäßigen Überschwemmungen und den teilweise sumpfigen Boden für Bauzwecke unverwendbar. Durch die großzügige, in den letzten Jahren durchgeführte Flußregulierung sind die Überschwemmungsgefahren beseitigt. Trotzdem soll die ganze Talmulde als Grünzone, in der Sportplätze, Strandbäder und Gärtnereibetriebe vorgesehen sind, erhalten bleiben und die Bebauung auf die für Wohnzwecke sehr geeigneten Hänge beschränkt werden. Dadurch erhalten fast alle Häuser dieser viele tausend Wohnungen umfassenden Siedlung freie Ausblicke auf den Taunus oder auf die von dort sehr malerisch sich darbietende Stadtsilhouette. Das Niddatal bleibt als große Grünfläche mit einzelnen Baumgruppen erhalten, in der keine gekünstelten Anlagen die freie Bewegung und Erholung in der Natur beeinträchtigen.

Die Bebauungspläne der einzelnen Siedlungen sind dem Gelände angepaßt. (Vgl. die Abb. 5 bis 9, S. 3 u. 4. Es sind stets die bezügl. Zahlen des Gesamtplanes, Abb. 2, beige gesetzt.) Einzelne breite Straßen nehmen den Verkehr auf, während die übrigen Verbindungswege nur als Wohnstraßen gedacht und dementsprechend mit geringerer Breite ausgebaut sind. Grundsätzlich wird der allseitig geschlossene Baublock vermieden, und die Häuserreihen sind an die Längsseiten der gestreckten Wohnblöcke gelegt. Die Innenfläche wird möglichst weiträumig gehalten und sichert jedem Hause einen ausreichenden Garten. Die Schmalseiten bleiben zur besseren Durchlüftung und Besonnung offen. Nur an breiten Verkehrsstraßen und zur Schließung von Baulücken wird dieser Grundsatz gelegentlich durchbrochen. Die Anpassung an den Höhenunterschied des Geländes bewahrt die langen Häuserzeilen vor einem monotonen Eindruck. Die Endpunkte der Straße werden von höheren Häusergruppen, Geschäftsbauten, Volkshäusern, Lichtspieltheatern und Gastwirtschaften betont abgeschlossen.

Für die Belebung des Straßenbildes durch Ausnützung der Geländebeschaffenheit bietet der ausgeführte Teil der *Praunheimer* Siedlung ein schönes Beispiel (Abb. 1, 4, 10 u. 11). Dort wurden zur rationelleren Verwertung des Bodens an der Talseite einer schräg abwärtsführenden Verkehrsstraße und zur Vermeidung eines allzu großen Gefälles kleine Häusergruppen von 4 bis 5 Häusern treppenförmig angeordnet. Noch reizvoller dürften die Straßenbilder am *Bornheimer Hang* und der *Roten Buschsiedlung* (Abb. 7, S. 4) werden. Jedenfalls widerlegen sie überzeugend die Befürchtung der Langeweile durch die Typisierung der einzelnen Häuser. Andererseits aber ist es auch falsch, ein ablehnendes Urteil bereits unmittelbar nach Fertigstellung der Rohbauten zu fällen, bevor noch die Straßen vom Bauschutt gereinigt sind, und die Innenblocks ihre Anlage erhalten haben. Auch die meisten alten schönen Dorfstraßen würden ihren Reiz verlieren, wenn man sie ohne Baumwuchs und in noch ungeordnetem Zustand sähe.

Nicht immer ist es gelungen, für die Häuserreihen die günstigste Orientierung zu gewinnen. Man hat dann aber einen Ausgleich geschaffen, indem man Treppenhäuser oder weniger bewohnte Räume auf die am stärksten beschattete Seite legte. Hieraus ergab sich die Notwendig-





ABB. 20  
PHOT. H. COLLISCHONN, FRANKFURT A. M.

ARCH. STADTBAURAT E. MAY, MITARB. ARCH. B. D. A. C. H. RUDLOFF



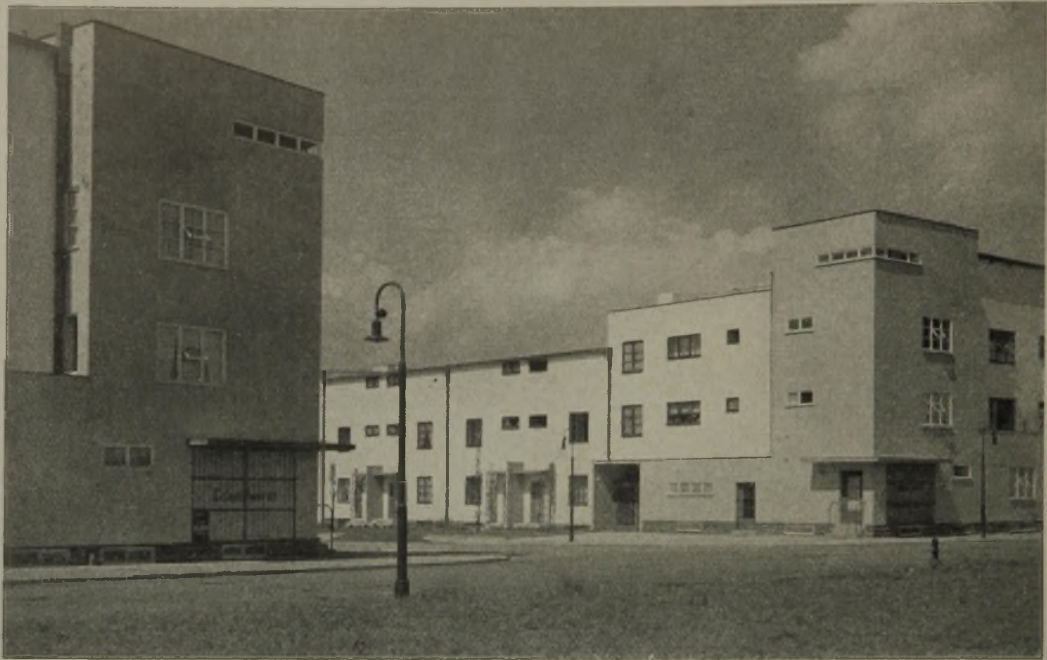
ABB. 21

LAGEPLAN

SIEDLUNG HÖHENBLICK BEI GINNHEIM

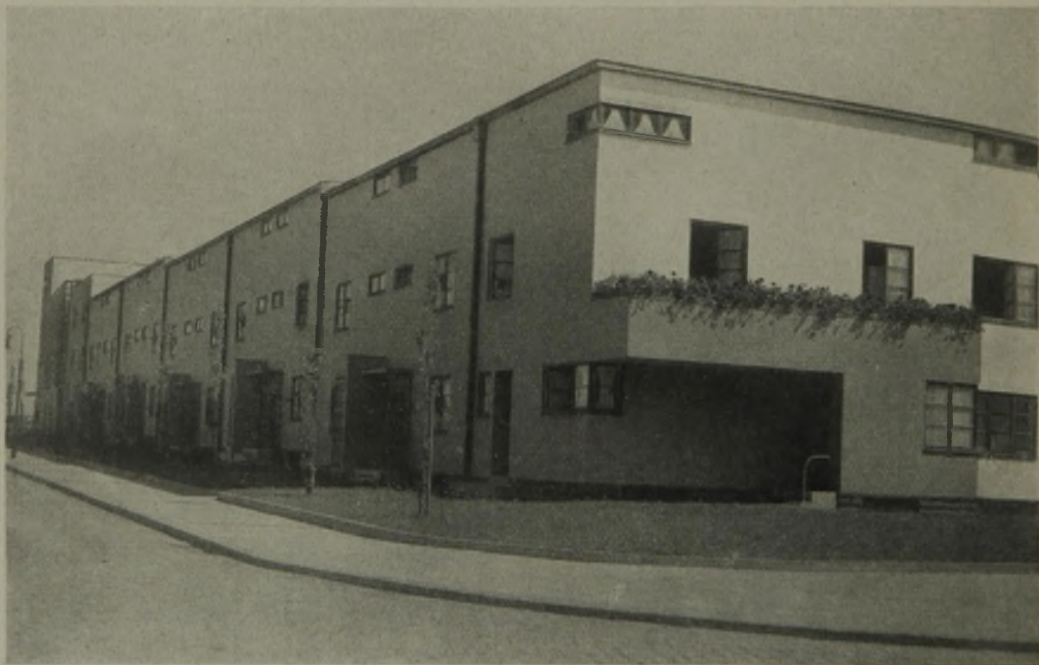
keit, nicht starr an einer Haustype für die ganze Siedlung festzuhalten, sondern stets den Grundriß, jeweils den hygienischen Forderungen entsprechend, zu variieren. Die Haustypen der Praunheimer Siedlungen, die auch mit den anderen Flachsiedlungen im wesentlichen übereinstimmen, habe ich bereits in der „Deutschen Bauzeitung“, Jg. 1927, Konstr. Nr. 5, besprochen. Einen weiteren Typ zeigt Abb. 12, S. 5. Bei den 150 Einfamilienhäusern des zweiten im Bau befindlichen Teiles der Praunheimer Siedlung werden 75 Häuser eine sogenannte „Einliegerwohnung“ erhalten, die sich im oberen Stockwerk befindet und zur Vermietung bestimmt ist. Diese Einliegerwohnungen bestehen aus einem großen Wohnraum, einem kleinen Schlafrum, Kochnische, Klosett und Dachgarten.

Bei den Wohnblocks am Pestalozziplatz (Plan Abb. 6, S. 5, Straßenbild Abb. 15, S. 6) und an der Bruchfeldstraße, die beide am Rande des bebauten Stadtgebietes liegen, mußte mit Rücksicht auf die Bodenpreise und die dort bereits vorhandenen Etagenhäuser von der Flachbauweise abgewichen werden. Dennoch ist gesundes Wohnen durch weiträumige Bebauung mit großen Binnenhöfen gewährleistet. Besonders interessant ist der Baublock Bruchfeldstraße (Plan Abb. 8, S. 4), der durch schlechte Orientierung erhöhte Schwierigkeiten bot. Gelöst wurde das Problem durch Überdeckung der Häuser zur Straßenfront. Neben dem reizvollen Straßenbild, das auf diese Weise entstanden ist, wird eine ausreichende Durchsonnung aller Wohnräume gesichert. Zwischen



STRASSENBILD

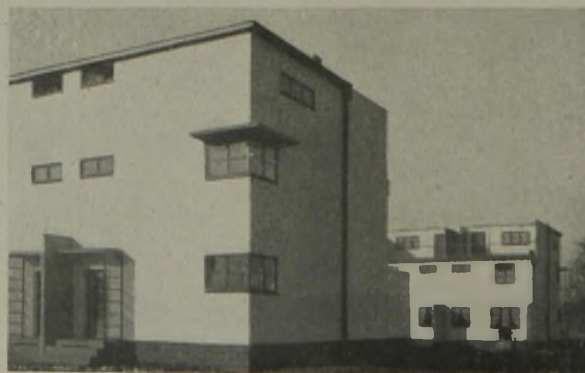
ABB. 22  
PHOT. DR. P. WOLFF, FRANKFURT A. M.



STRASSENBILD

ABB. 23

ARCH.: STADTBAURAT E. MAY  
MITARBEITER: ARCH. B. D. A.  
C. H. RUDLOFF



PHOT. VON H. COLLISCHONN,  
FRANKFURT A. M.

EINZELHEIT

ABB. 24

SIEDLUNG HÖHENBLICK BEI GINNHEIM

MASSIVDECKE MIT BETONRINNE  
MASSIVDECKE NICHT DURCHZIEHEND

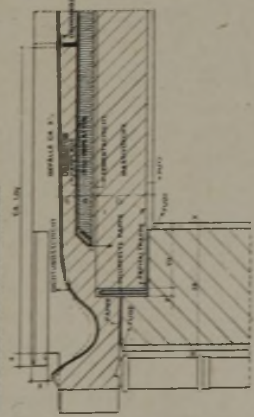


ABB. 1  
SCHNITT A - B

MASSIVDECKE MIT ZINKRINNE BEI PLATTENBAUTEN  
DECKENBALKEN PARALLEL ZUR AUSSENMAUER

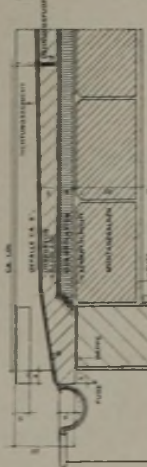


ABB. 3  
SCHNITT E - F

MASSIVDECKE MIT ZINKRINNE BEI PLATTEN- UND ZIEGELBAUTEN  
DECKENBALKEN SENKRECHT ZUR AUSSENMAUER

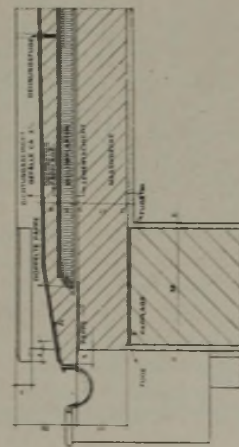


ABB. 5  
SCHNITT I - K

MASSIVDECKE MIT BETONRINNE  
MASSIVDECKE DURCHZIEHEND

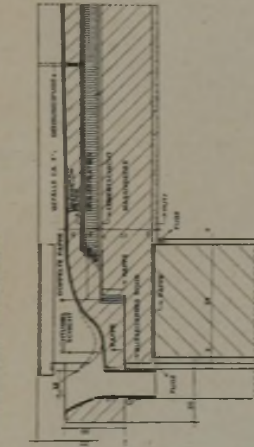


ABB. 2  
SCHNITT C - D

DACHTERRASSE MIT BETONRINNE

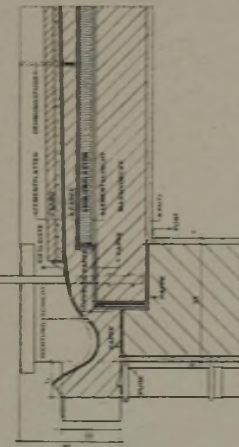


ABB. 4  
SCHNITT G - H

ANSICHT DER BETONRINNEN MIT DEHNUNGSFUß

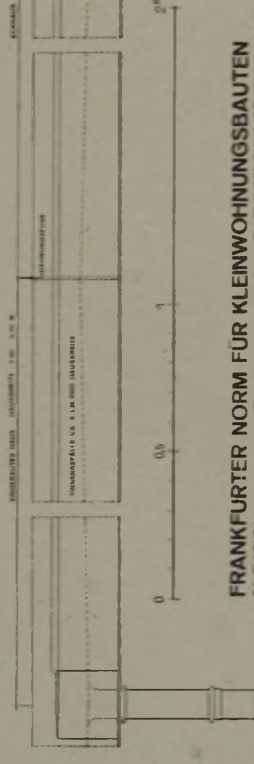


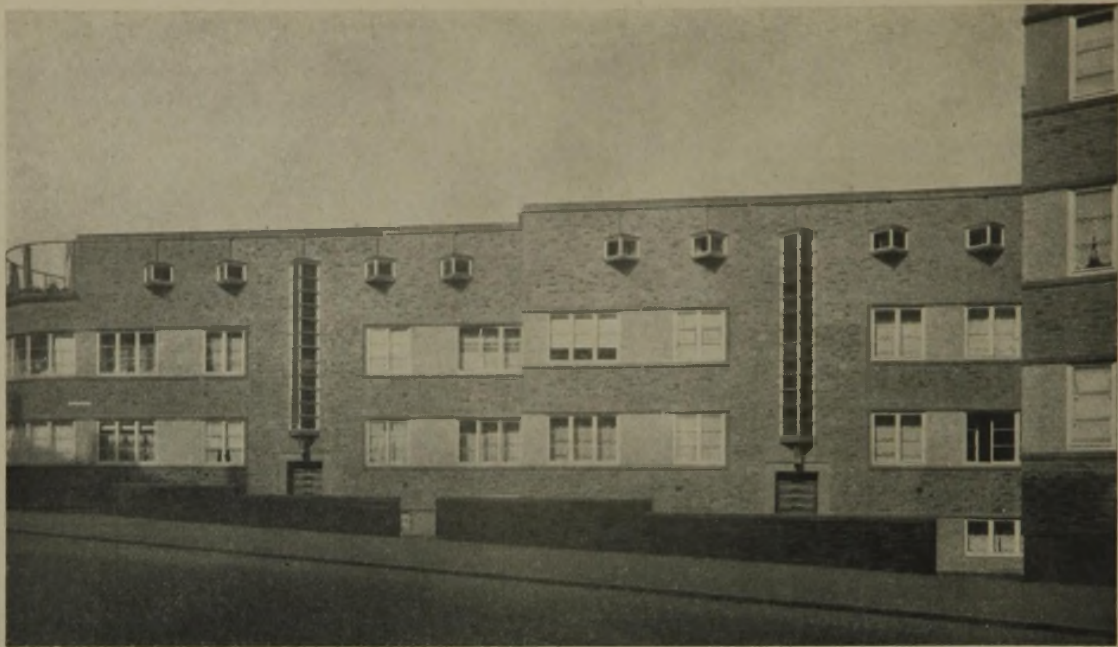
ABB. 6

FRANKFURTER NORM FÜR KLEINWOHNUNGSBAUTEN  
9A FLACHDACHKONSTRUKTIONEN MIT RINNEN- UND RINNEBELAUBILDUNG BEI MASSIVDECKEN

ABB. 25

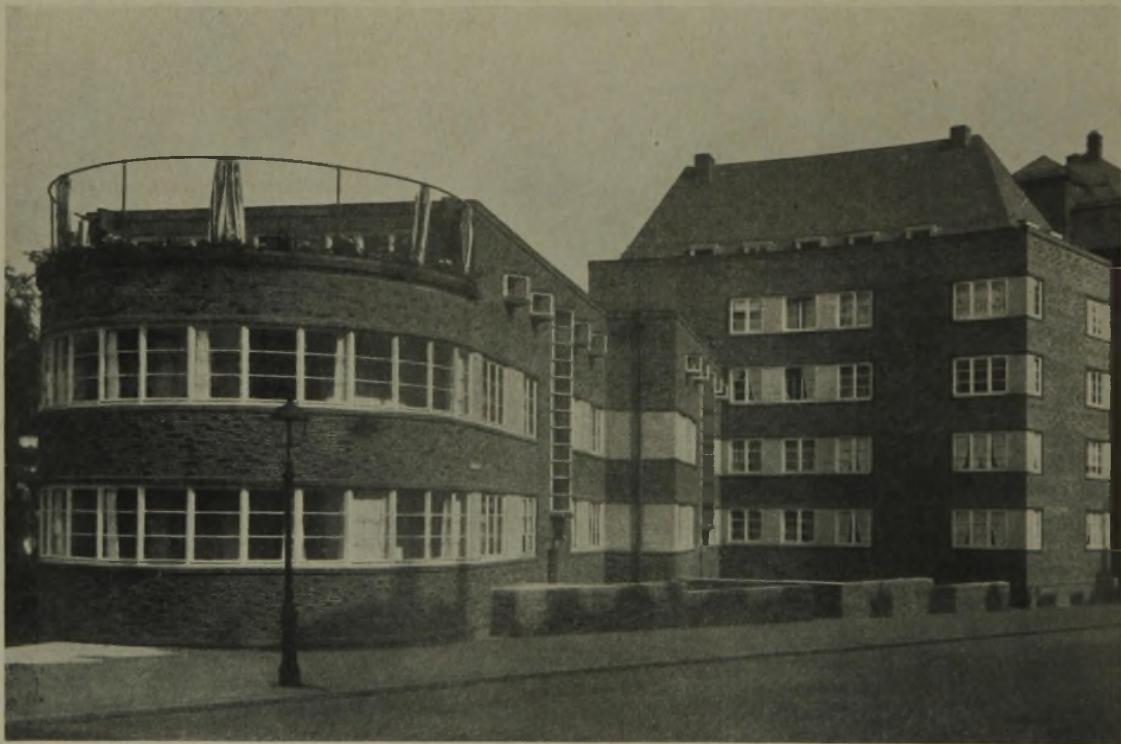
VERLAG FÜR DIE NORMEN DES FRANKFURTER HOCHBAUAMTES: CARL RUPPERT, GRAPHISCHE ANSTALT, FRANKFURT A. M.

FLACHDACHNORMEN DER FRANKFURTER SIEDLUNGSBAUTEN. 1 : 25



ARCH.: STÄDT. HOCHBAUAMT. MITARB.: R. BALSER, ARCH. B. D. A., FRANKFURT A. M.

ABB. 26



SIEDLUNG GRETHENWEG

PHOT.: H. COLLISCHONN, FRANKFURT A. M.

ABB. 27

den Häuserreihen der beiden parallelen Straßenzüge befindet sich eine große Grünfläche, teils als gemeinsamer Rasenplatz für Spiel und Sportzwecke, teils als kleine Gärten für die Parterrewohnungen der angrenzenden Häuser abgeteilt. Für die Bewohner des ersten und zweiten Stockwerkes sind getrennte Dachgärten vorhanden (vgl. die Abb. 14 bis 19, S. 6 u. 7).

Grundsätzlich wurde bei allen Haustypen an der Richtlinie, die Wohnung als Instrument gesunden Lebens anzusehen, festgehalten. Daher wurde auf alles verzichtet, was den Bau verteuert, ohne einen Zweck in diesem Sinne zu erfüllen, während andererseits die Lebenshaltung erleichternde und die Gesundheit fördernde Einrichtungen, soweit es die Verzinsung zuließ, aus-

geführt wurden. Hierzu gehört in erster Linie die mit praktischen Einrichtungen ausgerüstete Küche. Die bewußt räumliche Beschränkung der Küche verlangt die restlose Ausnutzung des Raumes, die nur mittels der nach den Entwürfen der Architektin Grete Lihotzky (vgl. „Dtsch. Bztg.“ 1927, Konstr. Nr. 5, S. 55) ausgeführten eingebauten Möbel und Geräte möglich ist. Daher werden alle Wohnungen mit dieser vollständig eingerichteten Frankfurter Küche ausgestattet. Die geringen Mehrkosten sind bei der Miete kaum fühlbar, während andererseits besonders die jungverheirateten Mieter die Ersparung der Anschaffungskosten der Kücheneinrichtung sehr angenehm empfinden. Aber auch sonst begegnet die „Frankfurter Küche“ infolge der wesentlichen



ABB. 28

PHOT.: H. COLLISCHONN, FRANKFURT A. M.

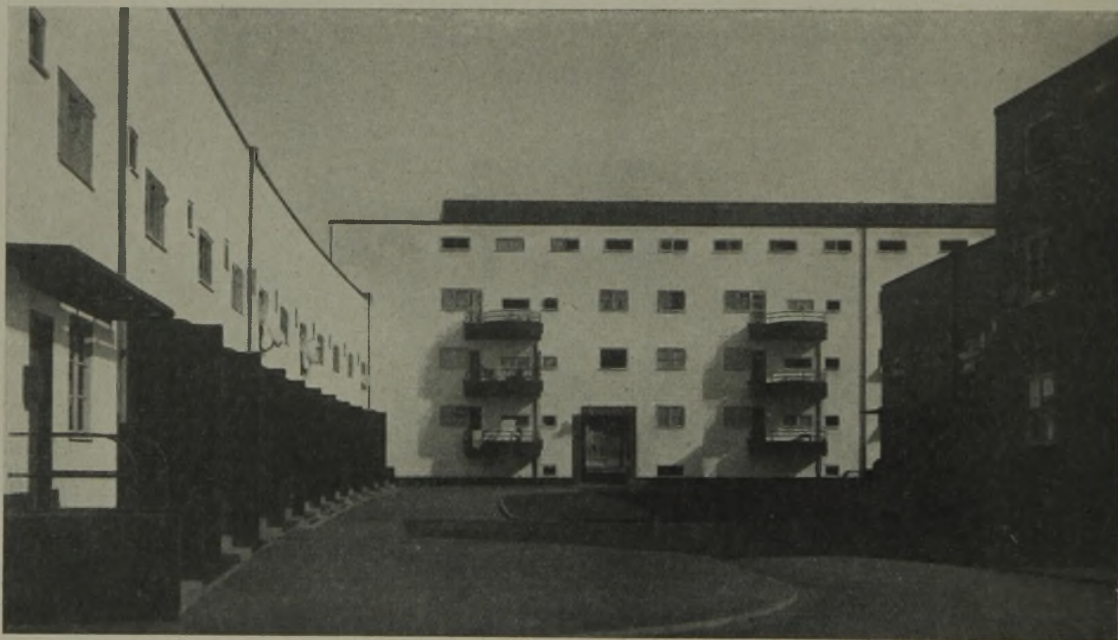
SIEDLUNG GRETHENWEG

ARCHITEKT: STÄDT. HOCHBAUAMT. MITARBEITER: H. BALSER, ARCH. B. D. A.  
Siedlungspolitik und Stadterweiterung in Frankfurt a. M.



STRASSENANSICHT  
SIEDLUNG RIEDERWALD

ABB. 29



HOFANSICHT  
STÄDT. HOCHBAUAMT, MITARBEITER ARCH. GEBR. FUCKER

ABB. 30

PHOT. H. COLLISCHONN

Arbeitererleichterungen bei den Hausfrauen den größten Sympathien.

Sowohl in den Flachbausiedlungen wie in den Etagenwohnhäusern hat jede Wohnung ein Badezimmer. Die Warmwasserbereitung erfolgt teils durch Kohlenöfen, teils durch Gasautomaten. Allgemein aber befinden sich im Badezimmer auch die Waschgelegenheiten für die ganze Familie in Form von eingebauten Waschschaalen mit fließendem Wasser. Dadurch wird in den einzelnen Schlafräumen der Platz für die Waschtische gespart und viel Unsauberkeit vermieden. Andererseits dürfte aber auch die Benutzung des gemeinsamen Waschräume bei größeren Familien auf Schwierigkeiten stoßen, zumal sich in den kleinen Wohnungen in dem gleichen Raum auch das Klosett befindet. Gerade in minderbemittelten

Familien, in denen vielleicht beide Eheleute und zwei bis drei Kinder berufstätig sind, wird dieser Raum in den Morgenstunden übermäßig beansprucht sein.

Die Heizungssysteme sind in den einzelnen Siedlungen verschieden. Bei den kleinsten Haustypen der Flachbausiedlungen sind Öfen, die allerdings mehrere Räume gleichzeitig beheizen können, aufgestellt worden, weil bei den geringen Raumabmessungen und der bescheidenen Lebenshaltung die Ofenheizung am sparsamsten sein dürfte. Aber bei den Häusern von fünf und mehr Zimmern ist eine Zentralheizung eingebaut. Ebenso werden alle Wohnungen der Etagenhäuser zentral beheizt, um das mühsame Kohlschleppen und die dadurch entstehende Beschmutzung der Treppenhäuser zu vermeiden. In den Baublöcken



ABB. 31  
PHOT. H. COLLISCHONN

ARCH. B. D. A. FRANZ ROECKLE  
HANDWERKERSIEDLUNG IN ESCHERSHEIM

Pestalozziplatz und Bruchfeldstraße ist versuchsweise eine Zentralfernheizungsanlage eingerichtet. Sie hat sich grundsätzlich bewährt, nur ist es notwendig, daß die Wärmemenge nicht nach dem Kubikinhalt der Räume, sondern auf Grund von Meßuhren berechnet wird, da zwischen den einzelnen Familien zu große Unterschiede in dem Wärmeverbrauch bestehen. In den Wohnblöcken der neuen Bauabschnitte werden auch zentrale Waschküchen und Trockenräume eingerichtet, so daß auch diese Arbeit, die sich sowohl räumlich wie hygienisch nachteilig in einer Kleinwohnung auswirkt, in Zukunft außerhalb des Hauses verrichtet wird. Für die Hausfrau werden die kleinen durch den Weg entstehenden Unbequemlichkeiten dadurch ausgeglichen, daß die Zentralwaschküche mit den modernsten Waschmaschinen und Trocknungsanlagen ausgestattet werden, durch die viel Zeit und physische Arbeitskraft erspart werden.

Die gesamte wirtschaftliche Lage und die Notwendigkeit schneller Massenerstellung von Wohnungen forderten strengste Rationalisierung der Bauweise. Diese wurde einmal durch die Typisierung der Häuser, ferner durch Anwendung neuer Werkstoffe und durch Normalisierung der Bauteile erreicht. Die Furcht vor schablonenhafter Uniformierung durch die Typisierung ist unbegründet, da durch die Heranziehung verschiedener Architekten zu den einzelnen Baukomplexen für Variationen innerhalb des

typischen Grundschemas ausreichende Gewähr gesichert ist. Von der mechanisierten Frankfurter Plattenbauweise und der hieraus sich ergebenden Normalisierung der Bauteile ist bereits früher berichtet worden. Die wirtschaftlichen Vorteile der Normierung liegen auf der Hand: Verbilligung durch Serienerzeugung und gleichmäßige Beschäftigung der Handwerker während des ganzen Jahres. Durch die Herausgabe von Normenblättern ist jeder Handwerker in der Lage, für die städtischen Bauunternehmungen nicht nur temporär, sondern auch auf Vorrat in den stilleren Jahreszeiten zu arbeiten. Bei der Streitfrage „flaches oder steiles Dach“ werden die getroffenen Lösungen interessieren, die in Frankfurt a. M. für die Ausbildung des flachen Daches gefunden und versucht worden sind. Wir geben in Abb. 25, S. 11, das betr. Normenblatt wieder. —

Es soll keineswegs behauptet werden, daß die verschiedenen technischen, wirtschaftlichen und hygienischen Fortschritte, die im Frankfurter Wohnbauprogramm verwirklicht worden sind, neue Entdeckungen seien. Alle diese Probleme und ihre Lösungen haben sich aus den Bedürfnissen unserer Zeit entwickelt. Was aber das Frankfurter Bauprogramm reizvoll und vorbildlich macht, ist die Konsequenz, mit der der Gesamtkomplex der Bauaufgaben durchgeführt wird, allen Widerständen zum Trotz, wenn auch nicht unbelehrbar gegen berechnete Einwände. —

## VERMISCHTES

**Baupolitik als Disziplin.** Der in Nr. 25 von „Stadt und Siedlung“ erschienene Bericht von Ob.-Baurat Dr.-Ing. Dr. Brandt, Hamburg, über die Pflege von „Bau- und Bodenpolitik an der Universität Hamburg“ läßt — vom Verfasser unbeabsichtigt — den Eindruck offen, als würde an dieser Hochschule seit dem Jahre 1920 ein Kolleg über Bau- und Bodenpolitik nach der im Bericht angeführten Gliederung gelesen. Dies trifft bis zum Jahre 1926 nicht zu. Andererseits ist es selbstverständlich, daß man in Hamburg nicht 7 Jahre still stand. Es war gewiß eine vorbildliche Einführung der Universität Hamburg, die Vorlesungen von Ob.-Baurat Dr. Brandt über „Probleme des Wohnungswesens nach dem Kriege“, „Siedlungswesen“, „Innere Kolonisation“ usw. zu ermöglichen; solche Teilvorlesungen gab es aber an Techn. Hochschulen seit langem. Was mit dem Aufbau einer organisch und umfassend gegliederten Wissenschaft der „Baupolitik“ als Voraussetzung von Städtebautechnik und Stadtbaukunst (erstmalig dargelegt in der Schrift „Baupolitik als Wissenschaft“ von Dr. K. H. Brunner, Wien, Verlag Springer, Wien 1925) von grundsätzlicher Wichtigkeit erscheint, ist eine systematische Vereinigung aller

Teilgebiete in einer Disziplin, in der sie nun erst ihre wechselseitige Bedingtheit und ihren notwendigen Ausgleich erfahren. Erst für diese, nunmehr auch von Dr. Brandt geübte Zusammenfassung ist — in Parallele einer „Agrarpolitik“, „Finanzpolitik“ usw. — der Ausdruck und Begriff der „Baupolitik“ gelten zu lassen, wie diese Auffassung auch von Prof. Dr. Schumacher („Die Baupolitik“, Heft 1, 1926), Prof. Höpfer („Techn. Gemeindeblatt“ Nr. 14, 1926), Stadtbaurat Wolf („Deutsche Bauzeitung“ vom 5. März 1927) u. a. geteilt wird. —

**Neuer Lehrgang des Deutschen Archivs für Siedlungswesen.** Der im März v. J. vom Rat der Stadt Leipzig veranstaltete große „Wissenschaftliche Lehrgang über das deutsche Siedlungswesen in Stadt und Land“ ist noch in guter Erinnerung. Dieser Lehrgang war damals vom „Deutschen Archiv für Siedlungswesen“ in Berlin geleitet und organisiert und hat viel Beifall gefunden. Das Archiv wird nun dieses Jahr mit Unterstützung verschiedener preuß. Ministerien, der Stadt Berlin und anderer Stellen einen kürzeren Lehrgang in Berlin veranstalten. Der Lehrgang wird voraussichtlich Montag, den 5. März, beginnen und wird sich nur auf die Dauer

einer Woche erstrecken. Vorgesehen sind im ganzen 30 Vorlesungsstunden, für die durchweg erste Sachkennner als Dozenten gewonnen werden sollen. Außerdem werden als Nebenveranstaltungen Ausflüge, Besichtigungen, Besprechungsabende u. dgl. stattfinden.

Natürlich ist es nicht möglich, in der kurzen Zeit von einer Woche das Gesamtgebiet unseres städtischen und ländlichen Siedlungswesens, also die Gesamtheit der Vorkehrungen zur Neuschaffung von Häusern, Wohnungen, Siedlungsstellen, Stätten der Produktion, der Verwaltung, der Kulturpflege usw. und somit namentlich auch die gesamte städtische und ländliche Wohnungsbautätigkeit mit allen ihren Problemen und Verzweigungen zu behandeln, vielmehr wird das Hauptgewicht bei dem diesmaligen Lehrgang darauf gelegt werden, eine Anzahl besonders wichtiger und dringlicher Einzelfragen herauszugreifen, bei diesen aber eine zuverlässige und gediegene Orientierung über den ganzen Gegenstand sowie über seine neueste Entwicklung und den derzeitigen Stand von Forschung und Praxis zu geben. Der Lehrgang wird danach besonders geeignet sein für solche Herren und Damen, die mit dem Gebiet bereits etwas vertraut sind, sich aber auf ihm fortzubilden wünschen. Indes wird auch ein ganz kurzer Gesamtüberblick über die Fragen unseres städtischen und ländlichen Siedlungswesens geboten werden.

Vorläufig ist das nachfolgende Vorlesungsprogramm vorgesehen, das jedoch voraussichtlich noch mancherlei Abänderungen unterliegen wird.

#### A. Allgemeiner Teil.

1. Der gegenwärtige Stand der Fragen unserer landwirtschaftlichen Siedlung . . . . .	2 Stunden
2. Die neueste Entwicklung und die gegenwärtigen Hauptaufgaben in unserem städtischen und ländlichen Siedlungswesen . . . . .	5 „
Zusammen . . . . .	5 Stunden

#### B. Sondervorlesungen.

##### Aus dem Gebiete der Wirtschaft und Technik:

1. Der gegenwärtige Stand der Rationalisierung im Bauwesen . . . . .	2 Stunden
2. Großhaus und Kleinhaus vom wirtschaftlichen Standpunkte aus und die Reform unserer Bauvorschriften, dargelegt an praktischen Beispielen . . . . .	2 „
3. Die Finanzierung der Bautätigkeit . . . . .	2 „
4. Die gärtnerische Siedlung und ihre Raum- und Baubedürfnisse . . . . .	1 „
5. Gewerbliche Entwicklung und Entwicklungsmöglichkeiten in den kleineren Städten und auf dem Lande unter dem Gesichtspunkt des Bauwesens . . . . .	1 „
6. Vergleich der Siedlungskosten in großen, mittleren und kleinen Orten . . . . .	1 „
7. Einkommen, Wohnungsbau und Miete und ihre neueste Entwicklung . . . . .	1 „
8. Abfallwirtschaft und Siedlungswesen . . . . .	1 „

##### Aus dem Gebiete der Verwaltung und Organisation:

9. Die gegenwärtigen Hauptfragen der gemeinnützigen Bautätigkeit . . . . .	2 Stunden
10. Das Planungswesen und die Zusammenhänge von Wirtschaft, sozialem Leben und kulturellen Bestrebungen mit der Siedlungsgestaltung . . . . .	5 „
11. Übersicht über die städtische Bodenfrage in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung . . . . .	2 „
12. Wie fördere ich das Siedlungs- und Wohnungswesen meines Bezirkes? . . . . .	1 „

##### Aus verschiedenen Gebieten:

13. Heimat- und Denkmalschutz . . . . .	1 „
14. Unsere Ausbildung für das Bau- und Siedlungswesen und ihre Ausgestaltung . . . . .	1 „
15. Das Kleingartenwesen und seine Bedürfnisse . . . . .	1 „
16. Neuere Bestrebungen zur Ausgestaltung der Haustypen . . . . .	1 „
17. Der Wohnungsbau des Auslandes im Vergleich mit Deutschland, insbesondere Vergleich der Baukosten . . . . .	2 „

Zusammen . . . . .	25 Stunden
Summe der Stunden zu A und B zusammen . . . . .	50 Stunden

Die Teilnehmergebühr wird für die Vollkarten wahrscheinlich 50 M. betragen. Für Angehörige solcher Verwaltungen usw., die das Unternehmen finanziell stützen, finden jedoch starke Ermäßigungen statt, desgleichen für Studierende. Außerdem kann auch jeder Teil des Lehrganges, bis herunter zu einer Vorlesungsstunde, einzeln belegt werden zum Preise von 2 M./St.

Nähere Auskünfte erteilt das Archiv für Siedlungswesen, Berlin NW 6, Luisenstraße 27/28. —

Der Landesplanungsverband für den mitteldeutschen Industriebezirk zu Merseburg hat anlässlich der Beisehung des Bezirks durch den Städtebaugesetzausschuß des preuß. Landtages im Juni 1927 einen Bericht herausgegeben (Verlag Carl Heymann, Berlin), der eine Reihe von bemerkenswerten Vorträgen enthält. Reg.- und Baurat F i s c h, Merseburg, Geschäftsführer des Landesplanungsverbandes, gibt in seinem Einführungsvortrag eine Darstellung der Beziehungen zwischen Verkehrsgeographie, Lagerung der Bodenschätze, Standortentwicklung der Industrie, Siedlung und Bevölkerungsanhäufung. Er betont die Notwendigkeit einer Landesplanung, um die Interessen der einzelnen Wirtschaftsgruppen miteinander in Einklang zu bringen, und begründet — insbesondere in später gehaltenen Vorträgen — die Wichtigkeit der Beeinflussungsmöglichkeiten der Siedlung durch das kommende Städtebaugesetz.

U. a. berichtet dann Bürgermeister Dr. M o s e b a c h von den Notwendigkeiten und Zielen der Landesplanung, besonders im Wirtschaftsgebiet Merseburg-Leuna-Geiseltal; Kreisbaumeister D o r n i s schildert die Planung im Wirtschaftsgebiet Bitterfeld-Delitzsch.

Die Broschüre verdient Beachtung; sie sollte von keinem, der sich dienstlich oder als entwerfender Architekt mit städtebaulichen Arbeiten zu befassen hat, übersehen werden. — Reg.-Bmstr. Runge.

Die Durchbrechung der Ministergärten in Berlin. In der „D. A. Z.“ wird über einen neuen Vorschlag zu dieser lange erwogenen Frage berichtet, der von staatlicher Seite ausgeht. Er sieht die Durchbrechung über das Grundstück des ehem. Reichskolonialamtes vor und will an der Mauerstraße eine Gabelung nach der Französischen und Jägerstraße schaffen. Außer dem architektonisch bedeutungslosen Gebäude des Kolonialamtes, einem ehem. Miethause, würden nur Wirtschaftsgebäude des ehem. Palais Prinz Leopold dem Durchbruch zum Opfer fallen. Das Staatsministerium und das Justizministerium, wiewohl letzteres auf seinem Hinterlande eine Erweiterung plant, würden dadurch neue Straßenfronten erhalten. Für die Gabelungen würde Gelände in Anspruch genommen werden, das zum größten Teil der Deutschen Bank gehört, die an einem Durchbruch selbst größeres Interesse hat; der Rest sind ebenfalls ältere, architektonisch nicht wertvolle Privatbauten. Die Französische Straße würde mit schlanker Kurve an der Mauerstraße auf den Durchbruch stoßen. Zwischen ihr und Jägerstraße entsteht dann ein neuer wertvoller Baublock. Staats-, Justiz- und Innenministerium sollen dem Plane geneigt sein, der auch von der Tiefbauverwaltung der Stadt unterstützt wird. Diese hält ferner eine Verlängerung der Jägerstraße nach Osten bis zum Schloßplatz für nötig, so daß dann also eine durchgehende Westost-Verbindung entstehen würde, hinsichtlich deren die Bedürfnisfrage wohl von niemand verneint wird. Um ihr vollen Wert zu sichern, ist außerdem eine Abschneidung der spitzen Ecke zwischen Friedrich-Ebert-Straße und Lennestraße vorgesehen, ferner die geradlinige Fortsetzung der Tiergartenstraße über Hohenzollern-, Kaiserin-Augusta- und Friedrich-Wilhelm-Straße bis zur Corneliusbrücke. Das letzte Wort in dieser für den Berliner Verkehr so wichtigen Frage dürfte damit allerdings noch nicht gesprochen sein. —

Der Kongreß der Internationalen Städtebaugesellschaft tagt vom 2. bis 8. Juli 1928 im Palais der Sorbonne in Paris. Die zur Beratung stehenden Themen behandeln im Wohnungswesen: Baukosten, ländliches Wohnungswesen, Wohnungswesen der Armen; im Städtebau: Bebauungsdichte und das Verhältnis der Überbauung zu den Freiflächen und den Verkehrswegen, Rechtliche und praktische Schwierigkeiten bei Städtebau und Landesplanung. —

Eine neue Siedlung in Stuttgart. Nach einer Notiz des „Schwäbischen Merkur“ soll Professor Paul S c h m i t t h e n n e r demnächst mit Unterstützung der Reichsforschungsgesellschaft und der Stadt Stuttgart eine große Siedlung in Stuttgart zur Durchführung bringen. —